

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag, Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastr. 7, Fernruf 4423, Telegr: Textilverband Düsseldorf.

Nur

der feste, unbeugsame Wille schafft sich freie Bahn und damit den Weg, den er braucht, um vorwärts, zum Ziel zu kommen. Aber es gehört noch mehr dazu. Ausdauer und

Beharrung

sind es, die schließlich uns dem Ziele näher kommen lassen. Unser Ziel: Hebung unseres ganzen Standes, Hebung unserer sozialen Stellung im Volksleben, steht fester denn je vor uns. Wir wissen es, daß uns nicht allein mit Lohnerhöhungen gedient ist, wir wissen, daß der Weg, der uns langsam aufwärts

führt

un säumt ist von Misstrauen, Haß und Uebelwollen. Wir wissen dann aber auch, daß wir, allein diesen Weg gehend, diesen Wegelagerern in die Hände fallen. Nur vereint wollen wir darum marschieren, geschlossener denn je. Denn nur dann setzen wir uns durch, schaffen uns Luft und erringen wir einen Platz an der Sonne des Lebens. Und nur so kommen wir

zum Ziel.

Zur Wirtschaftskrise.

(Ursachen, Wirkung und Mittel zur Vinerung.)

I.

Der größte Teil der Industrien in den europäischen Staaten war über vier Jahre lang auf die Herstellung von Kriegswaren und Kriegsmaterial eingestellt. Die Industrieproduktion diente nicht zur Herstellung von Verbrauchsgütern, zur Befriedigung natürlicher menschlicher Bedürfnisse und zum Aufbau, sondern diente dem Kriege, der Vernichtung. Infolgedessen waren wir nach dem Kriege von wichtigen Verbrauchsgütern entblößt. Es war ein ungemein großer Bedarf, bzw. eine große Nachfrage nach Verbrauchsgütern eingetreten. Man sprach von einem Warenhunger.

Auch heute ist noch ein sehr großer Bedarf an Verbrauchsgütern und Waren aller Art vorhanden. Trotzdem dieser große Bedarf da ist und trotzdem von Regierungen und sonstigen Stellen immer wieder betont wird, daß nur vermehrte Produktion und Arbeit uns retten können, ist für einen großen Teil der deutschen Industrie- und Arbeiterwelt keine Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden. Also: großer Bedarf und trotzdem ein Stocken in der Produktion. Es ist gleichsam, als wenn die ganzen Verhältnisse auf den Kopf gestellt wären.

Wir müssen uns allerdings klar darüber sein, daß uns noch schwere Zeiten bevorstehen. Wir sind noch lange nicht über den Berg hinüber. Der verlorene Krieg, der Friedensvertrag von Versailles und die Abmachungen von Spa haben uns in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht. Gegenüber der Vorkriegszeit ist unsere Ernährung ganz erheblich erschwert. Für die Ernährung und für die Kohlenversorgung wichtige Gebiete sind uns genommen; dazu ca. die Hälfte unserer Kali und Eisenerze. Sodann haben wir fast unsere ganze Handelsflotte und einen großen Teil unserer Verkehrsmittel verloren. Unsere Selbständigkeit ist auf ein geringes Maß beschränkt. Untertommen die nicht geringen Ablieferungen an die Ententemächte, die Wiedergutmachung, die hohe Schuldenlast usw. Alles das muß unser Wirtschaftsleben naturgemäß auf das schwerste beeinträchtigen. Gewiß wirken diese Verhältnisse nicht gleichmäßig auf alle Industrien; wir müssen da wieder Unterschiede machen. Es gibt bei uns Industriezweige, welche nicht nur für uns, sondern auch für das Ausland lebenswichtig sind (z. B. Kohle) und in folgedessen auch von der, andere Industrien schwer treffenden Krise, weniger spüren. Unsere Textilindustrie ist in der entgegengesetzten Lage.

Wenn sich auch gegenwärtig bereits eine Besserung in einigen Bezirken und Branchen in der Textilindustrie bemerkbar macht, so ist es trotzdem nicht überflüssig, wenn wir über die Krise hier einige allgemeine Ausführungen machen.

Kausalität und Ursachen der Krise.

Nach dem Kriege haben wir bis etwa April d. J. eine wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht, welche in gewissem Sinne überraschend war. Ueberraschend insofern, als es gelungen ist, die Produktion schnell in Gang zu bringen, sie den neuen und veränderten Verhältnissen anzupassen und auch nutzbringend zu gestalten. Die Blockade war gefallen, der Export lebte wieder auf. Besonders war ein Warenhunger nach bestimmten Qualitätswaren vorhanden. Mit dem Fallen der Blockade war auch die Mauer des uns umgebenden Hasses durchbrochen. Allerdings vollzog sich der Abzug nach dem Auslande in anderen Formen wie in der Vorkriegszeit. Die im Auslande errichteten Stützpunkte des deutschen Handels waren zusammengebrochen. Viele deutsche Auslands-Filialbetriebe und -Unternehmungen waren liquidiert. Im Auslande waren manche neue Industrien entstanden und hatten sich neue industrielle Entwicklungsmöglichkeiten aufgetan. Es sei hier z. B. nur an den Aufschwung der chinesischen und japanischen Textilindustrie erinnert. Ferner an den Aufschwung, den die Textilindustrie in den Vereinigten Staaten Nordamerikas genommen hat. Auch die deutsche Farbstoffindustrie, welche vor dem Kriege führend auf dem Weltmarkt war, hat einen großen Wettbewerb bekommen. Aber trotz und alledem muß gesagt werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege sich verhältnismäßig günstig vollzog. Der große Warenhunger ermöglichte den Absatz, und dann hat der niedrige Stand unserer Valuta große Ausfuhrerlöse ermöglicht. Die Industrien, welche besonders nach dem Auslande absetzten, machten große Exportgewinne. Diese Exportgewinne, wie auch die nicht unerheblichen Gewinne im Inland, gaben immer wieder den Antrieb zu neuen Anstrengungen in der Produktion. Auf der anderen Seite riesen aber auch die lockenden Auslandsgewinne ein gewissenloses und spekulierendes Schiebertum auf den Plan, welches die Absatzmöglichkeiten mit Hilfe des bekannten Loches im Westen ausnützte. Der sogenannte Ausverkauf Deutschlands ist ein sehr böses Kapitel. Ausländische Händler, im Verein mit inländischen Schiebern, vermehrten dieses Durcheinander. Wenn in der Vorkriegszeit die Mark etwa 59 Cents wert war und im Januar und Februar d. J. etwa nur 5 Cents, so kann man daraus ersehen, welche riesigen Geschäfte bei diesem Stand der Valuta beim Ausfuhrgeschäft gemacht werden konnten. Selbst wenn diejenigen Deutschen, die Waren nach dem Auslande absetzten, einen erheblichen Aufschlag nahmen, bekamen die Ausländer die Ware noch fast geschenkt. Sodann kamen aus dem Loch im Westen auch eine ganz erhebliche Menge Luxuswaren herein, welche die Valuta noch erheblich verschlechterten. Nach dem Abschluß des Friedensvertrages, in Verbindung mit dem Loch im Westen und der anschwellenden Papiernotenflut, verschlechterte sich unsere Valuta immer mehr. Im Januar, Februar d. J. stand unsere Mark auf etwa nur ein Zwanzigstel des Friedenswertes. Dieser tiefe Stand der Valuta machte unsere Position stark in der Ausfuhr, weil beim Ausfuhrgeschäft infolge dieses tiefen Standes der Valuta ganz riesige Preise erzielt werden konnten; dagegen war unsere Position schwach in der Einfuhr, weil für Einfuhrwaren riesige bzw. sehr hohe Preise bezahlt werden mußten. Die Einfuhr von Waren, welche wir sehr teuer bezahlen mußten, steigerte naturgemäß auch die Preise im Inland. Lohnerhöhungen folgten und mußten folgen. Trotzdem hat aber der Warenhunger und die erzielten Gewinne die Konjunktur ziemlich in Fluß gehalten.

Bereits Ende Februar d. J. setzte aber ein Steigen unserer Valuta im Auslande ein. Diese Erscheinung mag mit einigen Vorgängen bei uns in Deutschland zusammen hängen. Das Loch im Westen wurde nach und nach mehr geschlossen. Der Arbeitswille der Bevölkerung stieg wieder, und auch die Erkenntnis, daß Sieger und Besiegte letzten Endes mehr auf einander angewiesen sind, schien sich bei den ehemals kriegsführenden Mächten mehr und mehr durchzusetzen. So stieg unsere Mark in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von 5 auf 10%, das ist von $\frac{1}{20}$ auf $\frac{1}{10}$ des Friedenswertes. Diese an sich günstige Erscheinung zeitigte aber sehr böse Folgen. Eine Valutaberhöhung von 5 auf 10% (von $\frac{1}{20}$ auf $\frac{1}{10}$) bedeutet, bei Waren und Rohstoffen vom Auslande eingeführt,

eine Preissteigerung, in deutschem Gelde umgerechnet, um die Hälfte. Es drohte ein erheblicher Preissturz. Die Kaufleute und Käufer hielten mit dem Einkauf von Waren zurück. Besonders die Käufer rechneten mit einer noch größeren Preissteigerung und einem noch weiteren Steigen unserer Valuta. Für viele Fabrikanten hatte aber dieses Steigen der Valuta sehr böse Folgen. Sie hatten die Rohstoffe eingekauft zu einer Zeit, wo die Mark noch sehr tief stand und infolgedessen die Rohstoffe noch sehr teuer bezahlt werden mußten. Man hatte mit einem Steigen der Valuta nicht gerechnet und vielfach sehr große Mengen Rohstoffe eingekauft.

Entsprechend den hohen Einkaufspreisen für die Rohstoffe, hatte man den Verkaufspreis für die fertige Ware kalkuliert. Wie nun die Valuta stieg und die Preise fielen, konnte man die fertige Ware zu den kalkulierten Preisen nicht loswerden. Die Käufer hielten zurück mit dem Einkaufen und so trat eine Stockung in der Produktion ein, welche im Gegensatz zu den vorausgegangenen hohen Gewinnen, mit vielfachen Verlusten verbunden war.

Man hat vielfach von einem sogenannten Käuferstreik gesprochen und diesen Käuferstreik als die Ursache der Krise betrachtet. Damit sind aber die Ursachen der Krise nicht allein gekennzeichnet. Wir leiden auch heute noch an einer Ueberzeugung, besonders für einheimische Produkte und Waren. Vor allen Dingen sind noch in diesem Jahre ganz gewaltige Preissteigerungen eingetreten. Infolge der schlechten Valuta stiegen die vom Ausland eingeführten Waren im Preise höher. Im Inland war der Vorrat an Waren, besonders an Lebensmitteln, verhältnismäßig gering. In solchen Zeiten ist die Position des Schleichhandels ziemlich stark und die spekulative Zurückhaltung der Waren vom Markte lohnend. Bei dieser Situation hatten besonders die Landwirte eine starke Position, und sie haben dieselbe teilweise rücksichtslos ausgenutzt. Die Regierung stand diesen Dingen zu einem guten Teil machtlos gegenüber. Hinzu kommt, daß die Zahl der Personen, welche am Handel interessiert sind und Handel treiben, viel zu groß ist. Auf den einzelnen Händler entfällt ein viel zu geringes Quantum an Ware. Der Aufschlag auf die Ware ist aber so groß, daß jeder, trotz des geringen Umsatzes, noch einen guten Gewinn erzielt. „Kleiner Umsatz, großer Nutzen“ ist heute die Devise.

Wie nun im Januar, Februar die Valuta ihren tiefsten Stand erreicht hatte, — man kann fast sagen, ein anormaler Valutasturz trat ein, drückte man diesen anormalen Valutastand auch in den Preisen und Notgedrungen in etwa auch in den Löhnen aus. Der Ruf, die Inlandspreise den Weltmarktpreisen anzupassen wurde immer stärker. Diesem Rufe wurde Folge gegeben. Die Inlandspreise stiegen. Besonders wurden die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe gesetzt. Die große Masse der arbeitenden Bevölkerung konnte mit ihrem Einkommen kaum die notwendigen Lebensmittel kaufen und hatte keinerlei Mittel zur Verfügung, um auch noch Kleidungsstücke und sonstige Bedarfsgegenstände einzukaufen zu können. Dadurch mußte sich der Konsum ganz erheblich verringern. Es ist ein ungemein großer Fehler gewesen, daß man bei uns die Inlandspreise den Weltmarktpreisen angepaßt hat. Nach dieser Anpassung kam das Steigen der Valuta. Die vom Ausland bezogenen Waren fielen im Preise, während die Preise für die Inlandsprodukte, darunter besonders für die notwendigsten und wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel in die Höhe gingen. Letzteres hat die Krise ganz gewaltig verschärft. Es handelt sich, soweit die Ursachen der Krise in Frage kommen, also nicht allein um eine Kaufunlust bzw. um einen Käuferstreik, sondern vor allen Dingen auch um eine Kaufunmöglichkeit der breiten Massen, wegen der viel zu hohen Preise, vor allem der Inlandspreise.

Wirkung der Krise, besonders auch für die Textilarbeiter.

Daß die Krise in einer außerordentlich schlimmen Weise besonders auch auf die Textilindustrie und die in ihr beschäftigten Textilarbeiter und -arbeiterinnen einwirkt, ist selbstverständlich. Zu all der Not und dem Elend, welches wir bereits hatten, kam nun noch die Tatsache der teilweisen oder gänzlichen Arbeitslosigkeit. Mit der Sorge und dem grauen Elend zog noch tiefere Erbitt-

terung in weite Arbeiterkreise ein. Diese Erbitterung stützte sich besonders auch darauf, daß trotz der allgemeinen Not, noch in einigen Kreisen der große Lebensgenuss herrscht und man wenig Verständnis für die Notlage der schwergetroffenen Arbeiterbevölkerung zeigte. Unsere Textilindustrie gehört zu den Industrien, welche am aller-schwersten von der Krise mit betroffen wurde. Während man noch bis weit in den Monat März hinein sich fast um jeden Meter Ware riß und der Absatz sowohl im Inland wie im Ausland flott von statten ging, stockte in den darauffolgenden Monaten der Absatz vollständig. Bestellungen wurden annulliert und neue Bestellungen wurden überhaupt nicht gemacht. Da die Textilindustrie fast ihre sämtlichen Rohstoffe vom Ausland bezieht, und dieselben zu einem großen Teil gerade während des Tiefstandes der Wälder zu den sehr teuren Preisen eingekauft waren, mußte sich die Wirkung der Krise noch ganz erheblich erhöhen. Die Arbeitslosigkeit nahm einen sehr riesigen Umfang an. Nur noch ein kleiner Bruchteil der Betriebe war voll beschäftigt. Zu einem sehr großen Teil war die Arbeitszeit auf 24 Stunden in der Woche gesunken, abgesehen von dem großen Teil der Textilarbeiter, welche vollständig arbeitslos sind. Schon während des Krieges hat unsere Industrie (von wenigen Betrieben abgesehen) und die Textilarbeiterchaft im allgemeinen, ein kümmerliches Dasein gefristet. Die Löhne waren erschreckend niedrig. Nach dem Kriege kam dann die riesige Teuerung. Und wenn auch die Löhne mit Hilfe der Gewerkschaften wesentlich verbessert wurden, so standen sie doch noch in keinem Verhältnis zu der riesig anwachsenden Teuerung. Es ist zwar ein großes Geschrei gemacht worden über die hohen Arbeiterlöhne. Vielfach kam aber dies Geschrei aus Preisen, welche selbst sehr riesige Gewinne machten. Bei der Beurteilung der Lage der Arbeiterchaft darf auch eines nicht vergessen werden und zwar, daß während des Krieges in den Haushaltungen der breiten Massen meistens eine vollständige Enttötung von allem Notwendigen eingetreten war. Es fehlte an Betten, Wäsche, Unterkleidung, Schuhen usw., während es gerade mit diesen Dingen in den Haushaltungen der Besserbemittelten viel besser ausah. Es ist aber vollständig ausgeschlossen, bei dem derzeitigen Einkommen der breiten Massen, diesen Mangel wieder wettzumachen. Um nur halbwegs sich das Bitternotwendigste zu beschaffen, sind die größten Ausgaben erforderlich. Da liegt auch der Unterschied, der in den Vergleichen usw. der Löhne und Einkommen der Arbeiter meist gar nicht beachtet wird. Die furchtbare Preissteigerung zu Beginn d. J. ist überhaupt in den Löhnen fast gar nicht mehr zum Ausdruck gekommen.

Die rationierten Waren kosteten im Mai, Juni d. J. durchschnittlich gerechnet 14 mal soviel wie vor dem Kriege. Die Menge, welche vor dem Kriege 7, 49 kostete, kostete im Mai 1920 108, 17. Vom statistischen Amt ist das wöchentliche Existenzminimum für Mann, Frau und zwei Kinder im Mai d. J. in Berlin mit 370,- berechnet worden. Bei der Ermittlung dieses Existenzminimums hat man für Nahrungsmittel nur den Mindestbedarf der Kalorienzahl angenommen; ebenfalls für Wohnung und Heizung nur den notwendigsten Betrag eingelegt. Bei diesem Mindestbedarf läme man also auf einen Monatsverdienst von ca. 1600,-. Man vergleiche nur mal die Preise von 1919 mit den Preisen im Juni, Juli 1920. Da findet man, daß die Milch vielfach um das Vierfache gestiegen ist; Fleisch um das Fünffache. Dann die gewaltigen Steigerungen für Kohlen, für Kartoffeln, für Brot, Zucker usw. In Wirklichkeit liegen die Dinge also so, daß selbst bei voller Beschäftigung bei den jetzigen Tariflöhnen kaum die notwendigen Lebensmittel gekauft werden können. Bei dem Einsetzen der Krise und der Arbeitslosigkeit mußte die Not und das Elend riesengroß werden. Bedauerlich ist, daß viele Preise anscheinend gar nicht das notwendige Verständnis für diese Dinge aufbringen können. Wie sollten auch die Preise, welche sich von der Berührung mit der breiten Masse möglichst fern gehalten haben, auch hinreichendes Verständnis für die Notlage derselben aufbringen können.

Die Erwerbslosenunterstützung ist zu niedrig. Wir brauchen die Höhe der Sätze derselben hier nicht des Näheren anzuführen. Zwar haben unsere Eingaben, die wir an die zuständigen Regierungen im Reiche, den Einzelstaaten und in den Provinzen gemacht haben, manchen Erfolg gezeitigt, aber immerhin leider nicht in genügendem Maße. In den Familien steht man jetzt vor der Notwendigkeit, sich etwas Winterbedarf beschaffen zu müssen. Der 10%ige Steuerabzug vom Lohn verschlechtert die Lage noch bedeutend mehr. In einer Zeit der guten Konjunktur würden wir über die Frage des Steuerabzuges viel leichter hinwegkommen und bekände die Möglichkeit, denselben durch entsprechende Lohn erhöhungen schon eher auszugleichen. Alles in allem genommen, die Notlage ist, besonders auch für die Textilarbeiter, geradezu erschreckend groß.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Die Schäden, die der Krieg auch unter den Frauen und Kindern anrichtete, müssen langsam ausgeheilt und gutgemacht werden. Zu den Hilfsmitteln gehört auch das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, zu dessen Erhaltung unsere weiblichen Abgeordneten nicht wenig bei-

tragen. Wenn auch nicht alle berechtigten Hoffnungen erfüllt wurden — es wurde durch die Schaffung des Gesetzes doch manches Gute erreicht. Damit unsere Frauen aber auch in den Genuss der erreichten Maßnahmen kommen, müssen sie sich mit dem Inhalt des Gesetzes in etwa vertraut machen und die noch Unwissenden auf diese Hilfe aufmerksam machen.

Das der Krankenversicherung angegliederte Gesetz versucht drei Aufgaben zu erfüllen: es will die Wochenhilfe in dem Umfange ausbauen, wie die Kriegswochenhilfe sie vorgesehen hatte; es will zweitens in die Wochenhilfe auch einbeziehen die Familienmitglieder der Versicherten, die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben; es will endlich drittens die Wohltaten der Versicherung auch den minderbemittelten, jedoch nicht versicherungspflichtigen Wöchnerinnen zugute kommen lassen. Die Leistungen sind folgende: Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft wenigstens 6 Monate bei einer gesetzlich zugelassenen Krankenkasse versichert gewesen sind, erhalten: einen einmaligen Beitrag von 50 M., ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 1,50 M. täglich für die Dauer von 10 Wochen, 4 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung, mit der Bestimmung, daß das Wochenlohn für die ersten 4 Wochen mit dem Tage der Entbindung fällig ist. Diese Bestimmung ist besonders zu begrüßen, denn gerade in der ersten Zeit nach der Entbindung ist die Mutter auf eine besondere Unterstützung angewiesen. Für Hebammendienste oder etwa notwendig werdende ärztliche Hilfe wird eine Beihilfe bis zu 25 M. gezahlt. Und endlich erhält die Mutter bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Geburt des Kindes täglich mindestens 0,75 M. jedoch nicht mehr als das halbe Krankengeld, als sogenanntes Stillgeld. Krankengeld wird daneben natürlich nicht gewährt. Um eine ununterbrochene Zahlung des Geldes zu gewährleisten, enthält das Gesetz die Bestimmung, daß die erste Rasse zur Zahlung verpflichtet bleibt, wenn die Wöchnerin während der 12 Wochen durch Wandering ihres Wohnsitzes oder ihrer Arbeit die Kassenzugehörigkeit wechselt. Stirbt eine Wöchnerin während der Zeit, da sie zum Bezuge der Unterstützung berechtigt ist, so werden die noch fälligen Bezüge — auch das Stillgeld — an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt. Statt der baren Beihilfen zu den Kosten der Entbindung, der Hebammen- und ärztlichen Hilfe, kann auch freie Behandlung gewährt werden; doch kann eine solche Anordnung nur allgemein für alle Wöchnerinnen einer Klasse getroffen werden. Stellt eine öffentlich-rechtliche Körperschaft (Gemeinde usw.) festbesoldete Hebammen an, so ist sie berechtigt, von den Krankenkassen die Entrichtung der Gebühren an die Körperschaft zu verlangen.

Der zweite Teil des neuen Gesetzes bezieht sich auf die Familienhilfe. Die erwähnten Leistungen der Krankenkassen kommen nämlich auch zugute den Ehefrauen sowie den Töchtern, Stief- und Pflegeöchtern der Versicherten, wenn sie mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben. Daneben wird gefordert, daß sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inlande haben und der Versicherte (Mann, Vater, Stief- oder Pflegevater bezw. Mutter usw.) wenigstens 6 Monate vor der Niederkunft der betr. Frau oder Tochter versichert war. Um die durch die Familienhilfe vermehrten Kosten aufbringen zu können, werden die Kassen ermächtigt, von den Versicherten mit Angehörigen einen Zusatzbeitrag zu erheben.

Wie oben erwähnt, will das Gesetz auch denen zu Hilfe kommen, die, obwohl minderbemittelt, keinen Anspruch auf Wochenhilfe haben. Es geschieht dies durch die Wochenfürsorge. Als minderbemittelt gilt jede Wöchnerin, wenn ihr und ihres Mannes Gesamteinkommen, oder, wenn sie allein steht, ihr Gesamteinkommen 4000 M. nicht übersteigt. Unter diesem Einkommen ist nicht nur der Lohn oder das Gehalt, sondern auch das Einkommen an Zinsen oder aus Grundbesitz und ähnliches zu verstehen. Zur Leistung verpflichtet ist die Allgemeine Ortskrankenkasse, oder, wo eine solche nicht besteht, die Landkrankenkasse.

Während die Beiträge der Familienhilfe den Krankenkassen zur Hälfte durch das Reich ersetzt werden, werden die Leistungen der Wochenfürsorge ganz zurückstattet; die Kasse hat zu diesem Zweck dem Versicherungsamt die vorausgelagten Beträge nachzuweisen.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes, das mit dem 7. Mai 1920 in Kraft getreten ist. Für die besetzten Gebiete wurde es am 19. Juni gestaltet. — Es ist zu hoffen, daß bei der bevorstehenden Reform der Reichsversicherungsordnung auch das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge noch ergänzt werden wird. Mängel sind zu beseitigen, Lücken anzufüllen; aber auch in der jetzigen Form kann es dazu dienen, die Gesundheit der Mütter zu erhalten und zu stärken, die Säuglingssterblichkeit zu vermindern.

Wichtige Wirtschaftsfragen.

Ueber wichtige Wirtschaftsfragen hat in letzter Zeit der wirtschafts- und sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beraten. Der Krisenzustand unseres Wirtschaftslebens in Verbindung mit der Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge waren Gegenstand eingehender Beratungen und Auseinandersetzungen. In einem sehr bemerkenswerten Bericht des Unterausschusses wird über die Ursachen der Krise u. a. folgendes ausgeführt:

Fast ausnahmslos wird die Teuerung der Roh- und Hilfsstoffe als Ausgangspunkt der Störungen angesehen, während den Lohn erhöhungen ein größerer Einfluß nur in bezug auf die Preissteigerung zuerkannt worden ist. Jedenfalls besteht volle Ueberzeugung darüber, daß an einem Abbau der Löhne nicht eher gedacht werden darf, als auch die Kosten der notwendigen Lebenshaltung ermäßigt worden sind. Die Hebelwirkung, zum Teil auch durch Schieberamt und illegitime Spekulation vergrößerte Steigerung der Rohstoffpreise hat schließlich eine Preissteigerung der Fertigfabrikate bewirkt, der die große Masse der Konsumenten trotz dringendsten Bedarfs nicht mehr gewachsen ist. Rechte hier und da auch die Auffassung vertreten werden, der sogenannte Käuferstreik sei willkürlich und

zum Teil durch die Schuld von Regierung und Presse herbeigeführt worden, so steht doch die erdrückende Mehrheit der Sachverständigen auf dem Standpunkte, daß es sich weit mehr um ein Nichtmerken als um ein Nichtmerken der Käufer handelt. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft und vielleicht auch mehr in dem Mittelstande hat die Einkommens-erhöhung nicht entfernt mit der Selbstwertung gleichen Schritt gehalten. Immer größer ist der Bruchteil des Einkommens geworden, der für die dringendsten Lebensbedürfnisse verausgabt werden muß. Zudem müssen jetzt erhebliche Einkommens-teile für Steuerzahlungen bereitgestellt werden.

Diese Stellungnahme verdient weitgehendste Beachtung. Was hier über Löhne und Preise in Verbindung mit der Krise gesagt wird, lautet wesentlich anders wie die Verleumdungen aus manchen Arbeitgeber- und sonstigen Kreisen. Wir haben schon wiederholt betont, daß die ungewöhnlich hohen Preise, welche nicht durch die Löhne verursacht sind, mit einer wesentlichen Ursache der Krise sind.

Von erheblicher Bedeutung sind auch die von dem vereinigten wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschuss beantragten Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederbelebung unseres Wirtschaftslebens. Die Verwirklichung dieser geforderten Maßnahmen würde von einschneidender Wirkung und Bedeutung für unser Wirtschaftsleben sein. Die Beschlüsse haben in ihrem allgemeinen Teil folgenden Wortlaut:

„Der wirtschafts- und sozialpolitische Ausschuss beantragt zunächst als Maßregeln allgemeiner Art:

Seitens der Reichsregierung sind alsbald folgende Maßnahmen zur Verhütung und Behebung des Abbruchs des Stillstands und der unvollkommenen Ausnutzung wirtschaftlicher Betriebe einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und entsprechende Gesetz- oder Verordnungsentwürfe vorzulegen:

1. Der **Abbruch von Betrieben** oder die wesentliche Einschränkung der Produktionsmöglichkeit eines Betriebes durch ganzen oder teilweisen Verkauf bisher zum Betriebe benutzter Produktionsmittel aus dem Betriebe heraus ist unter einer vorherigen Anmeldepflicht zu stellen und von einer Genehmigung abhängig zu machen. Der Verkauf von Betriebsmitteln aus dem Betriebe heraus ins Ausland unterliegt der Genehmigung.

2. Die Stilllegung von Betrieben (ganze oder teilweise Nichtbenutzung vorhandener Anlagen trotz der Möglichkeit der Beschaffung von Betriebsstoffen und Betriebsmitteln) ist im einzelnen Falle durch einen Sachverständigenausschuss unter Zuziehung von Unternehmern und Arbeitnehmern auf ihre wirtschaftliche Berechtigung zu prüfen. Dem Ausschuss ist das Recht zu geben, Maßnahmen zur Fortführung des Betriebes bei einer öffentlichen Stelle in die Wege zu leiten. Als solche Maßnahmen sind in Aussicht zu nehmen:

a) die Erzielung von öffentlichen Aufträgen durch Vermittlung der beteiligten Fachorganisationen zur Hebung des Absatzes bei gleichzeitiger Aufhebung besonderer Absatzbedingungen und Festlegung bestimmter Lohnsätze, Preisbindungen und auf die nach gewissen Grundätzen zu berechnenden Selbstkosten, zusätzlich der notwendigen Abschreibung und begrenzter Kapitalverzinsung, Betrieb der Erzeugnisse nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten und Verpflichtung zur Auslieferung entsprechender Beschrankung an die Abnehmer und Unterabnehmer;

b) die Verpflichtung der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Rohstoffgesellschaften, die ihrer Bewirtschaftung unterliegenden Rohstoffe zu den der Marktlage entsprechenden Preisen den Verbrauchern abzugeben;

c) die **Gewährung von Betriebskapital**

durch genossenschaftlichen Zusammenbau der Gewerbetreibenden, z. B. durch Vereinerung und nicht abgeleiteten Fertigung und Halbfabrikaten, auch durch Beteiligung öffentlicher Stellen, insbesondere auch durch Heranziehung der aus dem Warenverkehr entstandenen Fonds der Kruggenossenschaften, Reichs- und ähnlichen Korporationen, als Geldgeber unter Auflegung entsprechender Absatzbedingungen wie zu a);

d) die Gewährung von Ausfuhrerlaubnissen unter gleichzeitiger Fürsorge für den notwendigen Inlandsbedarf, z. B. unter der Bedingung der sofortigen Neuerstellung entsprechender Warenmengen zum Inlandsabtrieb zu einem den billigeren Rohstoffen entsprechenden Preise.

3. Bei Abbrüchen, sowie bei Stilllegung trotz Beanstandung oder Verbot einer dazu in Aussicht genommenen, nicht bürokratischen Stelle, bei denen der Unternehmer eine nach den Grundätzen von 2. angebotene Hilfe ablehnt sowie einschließig bei Beilegung der in den Fällen von 2. a), c) und d) über-nommenen Bedingungen ist der öffentlichen Stelle oder einer vorhandenen Berufsstelle das Recht zu geben, den Betrieb im Interesse der Allgemeinheit selbst oder durch einen Dritten weiterzuführen, zu verpacken oder zu enteignen. Auch können die sonstigen Betriebsstoffe alsbald einer Bewertung in anderen Betrieben zugeführt werden.

4. Die Behördenverflechtung in der Zentral- und Mittelinstanz ist durch

Vereinheitlichung der Wirtschaftsverfahren und Verbindung der nachgeordneten Stellen mit möglichster Beschleunigung zu betreiben.

5. Sobald bei Rohstoffen der inländische Warenpreis im Verhältnis zum letzten Friedenspreise höher steigt als das jeweilige Durchschnittsverhältnis von Weltmarkt zu Papiermarkt und zur Verflechtung auf dem Weltmarkt, ist die Ausfuhr des betreffenden Rohstoffes zu untersagen.

6. Wenn der durch die Krise erzwungenen Kurzarbeit ist den arbeitenden pro ausgefallene Arbeitsstunden ein noch zu bestimmender Prozentsatz des tarifmäßigen Mindestlohnes aus dem Erlöse der Erwerbslosenfürsorge zu verwalten. In der Erwartung, daß die Durchführung der vom Unterausschuss vorgeschlagenen Mittel und Wege die völlige Arbeitslosigkeit fast einschränken und nur solche Fälle von Arbeitslosigkeit übrigbleiben wird, die sowohl vom Standpunkte des einzelnen Arbeiters wie auch vom Standpunkte der Allgemeinheit aus als verhältnismäßig unerschuldet und objektiv unvermeidbar anzusehen sind, ist die formale zeitliche Begrenzung der geldlichen Erwerbslosenunterstützung auf 26 Wochen für die Zukunft fallen zu lassen.

7. Es ist zu prüfen, welche Hemmnisse einen angemessenen **Abbau der Preise**

aus der stark entwickelten, aber unkontrollierten privaten Strafjustiz der Verbände erwachsen und welche gesetzlichen und administrativen Maßnahmen dagegen in Betracht zu ziehen sind.

8. Das Spa-Abkommen bedingt eine Umstellung der deutschen Industrie dahin, daß Luxuswaren und wirtschaftlich unwichtige Waren nicht mehr für den Inlandsbedarf, sondern lediglich für den Export hergestellt werden.“

Allgemeine Rundschau.

Gegen Schleichhandel und Preistreiberien.

Auf eine Eingabe einer Konferenz von Verbandsvertretern unseres münsterländischen Verbandsbezirks ging seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nachfolgendes Antwortschreiben ein:

„Es ist außer Zweifel, daß die Preise für Lebensmittel einen für viele Kreise der Bevölkerung kaum noch erträglichen Stand erreicht haben. Der durchaus notwendigen Preisreduktion steht jedoch in erster Linie die starke Entwertung des einheimischen Geldes im Vergleich zu den Weltmarktpreisen entgegen. Eine Besserung kann nur durch mögliche Steigerung der inländischen Produktion erreicht werden, die aber bei den ebenfalls gestiegenen Produktionskosten diese entsprechenden Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse bedingt. Es mußten daher die Herbstkartoffel-, Schlachtvieh- und Getreidepreise erhöht werden, was jedoch erst nach eingehenden Verhandlungen mit allen beteiligten Kreisen, insbesondere auch der Vertreter der Verbraucher, geschehen ist und wobei über die einwandfrei berechneten Produktionskosten nicht hinausgegangen ist. Die Schlachtviehpreise konnten übrigens in der allerletzten Zeit bereits etwas gesenkt werden. Die Kartoffelpreise werden sich, da voraussichtlich eine Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Herbstkartoffeln erfolgen wird, nach dem Ausfall der Ernte richten und sofern die günstige Witterung anhält, die für Vertragskartoffeln bestehenden Preise vermutlich unterschreiten. Wenn die Kleinhandelspreise, wie es bei den Fleischpreisen in manchen Orten offenbar der Fall ist, über die notwendigen Handelszuschläge hinaus erhöht sind, so entspricht dies nicht den Absichten des Reichsernährungsministeriums und ist durch Vorstellungen bei den mit der Durchführung betrauten zuständigen Stellen der einzelnen Länder Abhilfe zu suchen. Das Gleiche trifft zu bei Gemüse und Obst, für welche Waren aus Wunsch weiter Kreise der Bevölkerung die Zwangswirtschaft völlig aufgehoben und der freie Handel eingeschaltet ist. Der Einfluß des Reichsernährungsministeriums auf die Preisbildung ist bei diesen Waren damit fortgefallen und kann hier und anderen freien Waren gegen Preistreiberien nur durch gemeinschaftliches Vorgehen der Ortsbehörden mit den Preisprüfstellen, den Verbrauchervertretern und dem Handel Wandel geschaffen werden. Die Preisprüfstellen sind von dem für diese zuständigen Reichsernährungsministerium in dieser Hinsicht bereits auf ihre wichtige Aufgabe umläufig hingewiesen worden. Nötigenfalls muß auf Grund der Verordnung über Sondereingriffe gegen Schleichhandel und Preistreiberien (Wirkungskreis vom 27. November 1919 Reichs-Gesetzbl. 1909) vorgegangen werden.“

Allgemein darf aber gehofft werden, daß auf Grund der zur Hebung der Produktion getroffenen Maßnahmen, in Verbindung mit der von mir geforderten Einfuhr von Lebensmitteln das größere Angebot von Waren auch die Preise senken und so zu der nur bei einer solchen Senkung möglichen bringenden notwendigen Gesundung des Wirtschaftslebens führen wird.“

Auf die Bildung der Preise für Brotgetreide hat das Reichsernährungsministerium noch vor wie nach Einfluß. Es wird darum unseres Erachtens im Sinne einer dringend notwendigen Gesundung unseres Wirtschaftslebens wirken, wenn es mit aller Entschiedenheit der wieder neuerdings erhobenen Forderung der Landwirtschaft für Getreidepreiserhöhung entgegentritt. So hat noch kürzlich der Rheinische Bauernrat in einer Entschließung einen Aufschlag auf die Preise für Brotgetreide gefordert. Der Referent zu diesem Aufbauder Preise, Syndikus Dr. Karl Müller (Köln), begründete, nach einem Bericht in der „Rhein. Zeitung“ (Nr. 185 vom 14. 8. 1920), diese Forderung damit, daß für die Rheinprovinz die Steigerung der Produktionskosten vom 1. Januar 1920 bis 1. Juni 1920 auf 103,02 Prozent gegen 69,24 Prozent im Reichsdurchschnitt betragen. Uns ist, so bemerkt hierzu die „Rhein. Zeitung“, die Zusammenfassung der Produktionskosten nicht bekannt. Wir sind deshalb auch nicht in der Lage, die Behauptung von der Steigerung der Produktionskosten nachzuprüfen. Es gibt Sachleute, die an solchen Berechnungen manches anzusetzen haben. Ist es aber beim Arbeiter nicht ebenfalls so, daß die Löhne nicht den Erzeugungslöhnen entsprechen? Bei keinem Arbeiter, ganz besonders nicht bei den Verheirateten, reichen die Einnahmen aus seiner Arbeitskraft so weit, um die notwendige Menge Lebensmittel zu kaufen zur Erhaltung der Produktionskraft für sich und seine Familie. Trotzdem aber predigt man dem Arbeiter tagaus, tagein: Arbeit, nur Arbeit kann uns retten! Dr. Müller aber stellte für die rheinische Landwirtschaft fest, daß an Stelle der Produktion für den Markt immer mehr die Produktion für den Eigenbedarf tritt. Das nennt man dann Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit. Nach Gewinnen schreit die Landwirtschaft. Wo bleibt bei den Arbeitern der Gewinn? Ihre Löhne reichen nicht einmal aus, alle rationierten Lebensmittel zu kaufen. Der Landwirt aber hat schon das dem Arbeiter, Beamten und Angestellten voraus, daß er sein Brot, sein Fleisch, sein Gemüse, seine Butter, sein Schmalz, seine Milch usw. nicht zu kaufen braucht. Ersetzt er den Wert dieser Lebensmittel, die er dazu in erheblich größerer Menge verbraucht, mit in seine Einnahmen aus seiner Produktion ein? Wir haben berechtigten Anlaß, daran zu zweifeln. Gesähe dies, dann würde sich eine andre Berechnung der Rentabilität in der Landwirtschaft ergeben. Wir halten die Forderung auf Preiszuschläge für Brotgetreide in der gegenwärtigen Zeit für eine Ungehörlichkeit, um kein schärferes Wort zu gebrauchen.

Preistreiberie und sein Ende.

Unlautere Machenschaften, dunkle Geschäfte pressen uns von Tag zu Tag ärmere. Und den Preisgebern schmecken die Zeichen. Es ist unglücklich, wie wir ausgebeutet werden und wie man vergebens versucht, den Wucherern und Schiebern das Handwerk zu legen. Und was das Sonderbarste ist, wie man vielfach hofft, daß bei Auflösung mancher Schieber das Publikum Partei dafür ergreift. Wir sind in das Stadium einer gänzlichen Rechtsverwirrung gekommen.

Nicht allein bei uns krank das Volksleben an diesen Zeitverhältnissen. Auch in den andern Ländern nimmt die Unzufriedenheit rasche Formen an. So wurde jetzt in Amerika ein Warenaustritt wegen Preistreiberie verhängt. Der „Special Courier“ vom 8. August bringt folgende Notiz dazu:

„Aufsehen erregte in New York die kürzlich erfolgte Verhaftung von Frederick Gimbel, erstem Vizepräsidenten der bekannten Firma Gimbel Bros. in New York, die ja vor dem Kriege auch in Deutschland sehr ausgedehnte Beziehungen unterhielt.“

Mit ihm wurden noch zwei Angestellte der Firma, E. D. Sawyer und J. J. Dowdell, verhaftet, die sich alle drei angeblich der Preistreiberie bei lebensnotwendigen Mitteln schuldig gemacht haben sollen. Es sollen von der Firma Gimbel Bros Kleidungsstücke im Werte von 500.000 Dollar zu 20 Dollar verkauft worden sein; 85 Fälle wurden nachgewiesen.

Die Firma hat unermüdet einen Protest gegen diese Beschuldigungen veröffentlicht, indem sie die gegen sie erhobenen Anschuldigungen als Ferkul kennzeichnet und ankündigt, die festgenommenen Personen würden unverzüglich wieder in Freiheit gesetzt werden. Diese sind jetzt nach Zahlung einer Kaution von 1 Million Dollar auf freien Fuß gesetzt worden. Die Bruttoverdienste der Firma in den zur Diskussion stehenden Fällen waren, laut gefestigter Feststellung, 103—263 Prozent. Eine Gerichtsverhandlung wird erst volle Klärung in die Angelegenheit bringen, die vorläufig noch von der Firma in dieser Form bestritten wird.“

Der Fall, der natürlich ungeheures Aufsehen in New-Yorker Geschäftskreisen und darüber hinaus erregt hat, erinnert an einen andern, der kürzlich die American Woolen Co. und ihren Präsidenten M. Wood mit den Behörden in Konflikt brachte. Diese Firma besitzt 46 Fabriken und hatte im Jahre 1919 einen Gewinn von über 15 Millionen Dollar herausgewirtschaftet, bei einer Produktion von 49 Millionen Yards Wollstoff, während die normale Produktion 70 Millionen Yards umfaßt. Doch hatte ein mehrmonatlicher Streik ihrer Arbeiter diese Produktionsleistung veranlaßt. Im Jahre 1920 hatte die Gesellschaft den Verdienst bei gewissen Artikeln auf das Dreifache angehoben; so brachte u. a. ein Artikel, der sich „Trikotie“ nannte, und der im Jahre zuvor 49 Cent pro Yard gebracht hatte, jetzt plötzlich 1,60 Dollar Gewinn pro Yard. Eine amtliche Untersuchung, die daraufhin einsetzte, förderte zutage, daß der Reingewinn der Gesellschaft für die ersten vier Monate des Jahres 1920 19 Millionen Dollar betrug bei einem Kapital von 60 Millionen. Wäre man so fortgefahren, so hätte die Firma in einem halben Jahre mehr „Reingewinn“ erzielt, als überhaupt ihr Kapital betrug. M. Wood sagte in seiner Vernehmung, er hätte es nur gemacht wie der amerikanische Staat, der seine Wolllager mit 100 Prozent Gewinn verkauft hätte. Dieses Argument leuchtete jedoch der Untersuchungskommission wenig ein. Und ichman auch der Kundschafft nicht, die so viel Aufträge strecken ließ, daß die Fabriken der Firma alle auf sechs Wochen schließen mußten, wodurch 40000 Arbeiter zu fernem gezwungen sind.

Also auch hier — die Arbeiterschaft hatte den Nachteil. Darum endgültig Schluß mit den Preistreiberien.

Auch die besten Lohnerhöhungen helfen uns nicht. Ervabsetzung der Preise — das ist das einzige Mittel, wieder wertvolleres und kaufkräftigeres Geld in Händen zu haben.

Viel Lärm

macht die sozialdemokratische Presse über Äußerungen, welche der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollege Wieber, auf der Verbandsgeneralversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes, welche vom 15.—18. August in Essen stattfand, über den Achtstundentag angeblich gemacht haben soll. Daß es sich größtenteils um entstellte Berichterstattung handelt, stört die sozialdemokratische Presse weiter nicht. Maßgebend für die Haltung des christlichen Metallarbeiterverbandes ist die Entschließung, welche — unter Zustimmung des Kollegen Wieber — von der Generalversammlung zum Achtstundentag angenommen worden ist. Die Entschließung, welche für die sozialdemokratischen Angriffe keine Unterlage bietet und den sozialdemokratischen Lesern nicht mitgeteilt ist, lautet:

„Die 9. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes spricht ihre Genehmigung und Befriedigung darüber aus, daß die auf der dritten Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1917 erhobenen Forderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit Erfüllung des Achtstundentages und der Abschluß von Tarifverträgen in der Schwerindustrie verwirklicht worden sind. Die Arbeiter der Metallindustrie, insbesondere der Schwerindustrie sowie der anderen schwer arbeitenden Berufe haben ein dringendes Anrecht auf den Achtstundentag. Auch die Generalversammlung erblickt in der gegenwärtig geltenden schematischen Arbeitszeit, die keine Rücksicht nimmt auf die Art, die Schwere und Gesundheitsgefährlichkeit der verschiedenen Berufsgruppen, eine Ungerechtigkeit. Dies würde namentlich eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit gerechtfertigt erscheinen lassen für die Feuer- und Schwerindustrie. Angesichts der darniederliegenden Wirtschaft und des drohenden Hungers kann der Achtstundentag nicht besser als durch sofortige Durchführung der vorgeschlagenen Forderung erreicht werden, um die wirtschaftliche Kraft unserer Wirtschaft auf den höchstmöglichen Stand zu bringen.“

7. Generalversammlung des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen.

Der Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verw. Berufe Deutschlands hielt in den Tagen vom 8. bis 12. August in Würzburg sein 7. Generalversammlung ab. Anwesend waren 37 Delegierte, 5 Bezirksleiter, 3 Mitglieder des Zentralvorstandes und als Vertreter

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Kollege Kaiser-Köln.

Den Verhandlungen voraus ging eine Begrüßungsfeier seitens der Würzburger Ortsgruppen des Verbandes. Die Stadt Würzburg hatte als Vertreter Herrn Rechtsrat Dr. Hogen, der kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenverein ihren Diözesansekretär P. H. Benedikt Eichhorn entsandt. Gewerkschaftssekretär Kollege Kaiser hielt die Festrede. In großangelegter Rede schilderte er die Ideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung, ihre Aufgaben und Ziele. Seine Worte gipfelten in dem Mahnruf, den alten bewährten Grundsätzen treu zu bleiben. Deutschland müsse wieder werden der Staat der christlichen Tat.

Am ersten Verhandlungstage nahmen die Delegierten den Geschäftsbericht des Zentralvorstandes entgegen. Der Verband hat sich unter ungünstigen Verhältnissen zu einer lebensstarken Organisation entwickelt. Er zählt zur Zeit über 22000 Mitglieder. Zwei Drittel davon sind weibliche. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in fast allen Zweigen des Vekleidungsgebietes tariflich geregelt, teils durch Orts- und Bezirksarbitre, zum Teil durch Reichsarbitre. Eine Uniforme von Arbeit mußte vom Vorstande und den Beamten geleistet werden, um die im Geschäftsbericht zutage tretenden Erfolge agitatorischer Art als auch bezüglich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dem Zentralvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Es folgte sodann die Generaldebatte zum Satzungsentwurf und den gestellten Anträgen. Das gesamte Material wurde nach ausgiebiger, sachlicher Behandlung im Plenum an vier engere Kommissionen zur Weiterberatung gegeben.

Der zweite und dritte Tag brachte eine Anzahl Referate, in denen zu den wichtigsten Berufs- und Tariffragen Stellung genommen wurde. Frau Madinger (Würzburg) sprach über Arbeiterinnen in der Gewerkschaftsbewegung. Böcker (München) über das Lehrlingswesen im Bekleidungsgebiet, Schwarzmann (Köln), Nolte (Aachen), Sandmeier (Berlin) und Münnig (Köln) über das Vertragswesen im Bekleidungsgebiet. Die Delegierten erhielten durch die Referate eine Fülle von Material und Anregungen. Hervorgehoben zu werden verdient, daß auch die weiblichen Delegierten in durchaus sachlicher, tiefgründiger Weise ihre Meinung zu den einzelnen Fragen äußerten, ein Beweis dafür, daß auch sie den Gewerkschaftsgedanken erfasst und das Aufgabengebiet beherrschten.

Am letzten Verhandlungstage wurde Beschluß gefaßt über den Satzungsentwurf und die gestellten Anträge. Die Beiträge wurden den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend neu festgesetzt, bezügl. auch die Unterstützungsätze. Neu eingeführt wurde eine Erwerbslosenunterstützung, der jedes Mitglied durch Zahlung eines wöchentlichen Zuschlagsbeitrages von M. 0,50 für weibliche und M. 1.— für männliche Mitglieder beitreten kann. In Berücksichtigung dessen, daß der Verband Mitglieder aus allen Zweigen des Bekleidungsgebietes umfaßt, wurde der Titel des Verbandes neu gefaßt. Der Verband führt für die Folge den Namen: „Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes“. Für die weiblichen Mitglieder soll eine eigene Monatsbeilage zum Verbandsorgan herausgegeben werden. Bezüglich der inneren Organisation wurde eine Neuerteilung vorgenommen. Dem Zentralvorstand wurde ein Verbandsausschuß zur Seite gestellt, welcher bei wichtigen Anlässen mit beraten und beschließen soll. Ferner wurde beschlossen, mit dem Gewerksrat der Heimarbeiterrinnen ein Kartellverhältnis abzuschließen.

Die nach dem Statut zu tätigen Wahlen zeigten ein erfreuliches Bild der Einnützigkeit. Der bisherige erste Vorsitzende, Kollege Schwarzmann-Köln, der dem Verbands seit Gründung desselben im Jahre 1900 als erster Vorsitzender vorsteht, wurde wiedergewählt. Alles in allem darf gesagt werden, daß die Tagung einen würdigen Verlauf genommen hat. Die Tagung wird ein Zeichen sein und bleiben in der Geschichte des Verbandes und denselben zu weiteren Erfolgen zum Wohle der ihm angeschlossenen Mitglieder führen.

Aus unserer Industrie.

Die sächsische Textilindustrie im Jahre 1919.

Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten gehen auch ausführlich auf die Lage der Hauptindustrie von Sachsen, der Textilindustrie, ein, die im Frieden fast ein Drittel der Gesamtarbeiterschaft umfaßt. Es hat sich von 1918 zu 1919 eine keine Besserung vollzogen. Während 1918 784 Betriebe mit 27377 Arbeitern und Arbeiterinnen einschließlich junger Leute und Kinder vorhanden waren, waren sie auf 2074 mit 111914 im Jahre 1918 zurückgegangen, liegen aber bis 1919 auf 2793 mit 123034 Arbeitern. Die Zahl der beschäftigten Kinder, der jungen Leute und auch der Arbeiterinnen hat seit 1918 ständig abgenommen, die der erwachsenen männlichen Arbeiter ist von 100281 im Jahre 1913 auf weniger als ein Viertel, nämlich auf 23723 gefallen und 1919 auf 38596 gestiegen. Weit weniger hat sich dagegen die Zahl der weiblichen Arbeiter über 16 Jahre verringert, nämlich von 123895 im Jahre 1913 auf 77798 im Jahre 1919. Zahlreiche Klagen, im Kriege zur Einstellung genötigt gewesene Arbeiterinnen konnten wieder in Betrieb genommen werden. Das zeigt die Lage natürlich durchaus ungünstig gebildet, und sie hat sich inzwischen ja auch bereits wieder wesentlich verschlechtert.

Fortgesetzt ist im Berichtsjahr auch die Textilindustrie schwer unter Noth, vor allem aber unter Garn- und anderen Rohstoffmangel. Die Handwebindustrie als einer der für Wirtschaften wichtigsten Zweige lag noch tiefer darnieder, Spinnereien, Web- und Wirkwarenbetriebe konnten infolge Rohstoffmangels die einlaufenden

Bestellungen bei weitem nicht erledigen. Die Erholung in der Stickereiindustrie ging nur recht langsam vor sich. Umfangreiche Entlassungen nahen eine große vogtländische Fabrik vor, die 3000 Arbeiter beschäftigt hatte; auch anderwärts wurden viele Betriebsstellungen bzw. -einsparungen oder -umstellungen vorgenommen. Ein Teil der alten Textilarbeiter wanderte daher — bisweilen unter Vorbehalt der späteren Rückkehr — nach anderen Gegenden mit besserer Beschäftigungsmöglichkeit, selbst nach rheinischen Kohlengruben, ab.

Die Lage der internationalen Textilindustrie.

Die Lage der Textilindustrie in fast allen Ländern hat sich im Laufe der letzten Wochen wesentlich verschlechtert. Die Vorräte sind überall ziemlich groß, so daß die Fabrikanten, da der Absatz stockt, gezwungen sind, ihre Betriebe einzuschränken, wenn nicht ganz zu schließen. Im besonderen wird berichtet, daß in Frankreich die Leinen- und Baumwollwebereien zu den bisherigen Preisen neue Aufträge nicht machen können, und daß auch in der Wollweberei die Verkaufspreise bedeutend herabgesetzt sind. Einigermassen beschäftigt ist noch die Warenwarenindustrie, wenngleich auch hier ein Preisrückgang der Warenpreise eingetreten ist. In den letzten Tagen hat sich der Geschäftsgang in der Seidenindustrie gebessert. Aus den skandinavischen Ländern liegen folgende Berichte vor: In Schweden ist das Geschäft ruhiger geworden, doch sind größere Betriebs-einsparungen bisher nicht eingetreten; die dänischen Textilindustriellen arbeiten sehr vorsichtig und auch in Norwegen ist der Geschäftsgang ruhiger wie bisher. Sehr ungünstig hat sich die Lage der japanischen Textilindustrie gestaltet. Vielfach spricht man sogar von einer Krise innerhalb derselben. Verhältnismäßig günstig lauten die Berichte aus der südamerikanischen Textilindustrie, während andererseits in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und zwar für alle Zweige des Textilgewerbes der Geschäftsgang als ungünstig bezeichnet wird. Eine besondere Veränderung der Geschäftslage in der spanischen Textilindustrie ist nicht eingetreten. In Oesterreich, in der Tschecho-Slowakei, ebenso in Belgien ist man gleichfalls dazu übergegangen, die Betriebe einzuschränken.

England sichert sich russischen Flach.

Von durchaus zuverlässiger Seite wird uns gemeldet, daß die englischen Leinen-Industriellen sich schon jetzt große Mengen russischen Flachses für ihre Betriebe gesichert haben. Es wird erklärt, daß die russischen Flachsbauern englische Vorkäufe in bedeutender Höhe bereits in Händen hätten.

Aus unserer Bewegung.

Zur besonderen Beachtung für unsere Arbeiterräte.

Einheitliche Arbeitsordnung für die Textilindustrie.

Die Verhandlungen über eine Muster-Arbeitsordnung für die gesamte Textilindustrie sind im Sozialen Ausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Kommissionsberatungen sollen so gefördert werden, daß in den Monatsjahren am 27. und 28. August die endgültige Beschlußfassung erfolgen kann.

Die Vertreter der Arbeitgeberverbände wie der Gewerkschaften fordern die Mitglieder ihrer Verbände auf, weder in den Bezirks- und Untergruppen der Arbeitsgemeinschaft noch in den einzelnen Betrieben über die Aufstellung von Arbeitsordnungen zu beraten, bis ihnen das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsarbeitsgemeinschaft durch ihre Verbandsleitungen mitgeteilt ist. Wir bitten unsere Vertreter in den Arbeiterräten dringend um Beachtung dieser Anweisung.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Arken. Wenn wir auch nur selten von uns hören lassen — in unserer Ortsgruppe herrscht reges Leben. Dies zeigte uns wieder unsere gut besuchte Versammlung, die wir am 14. August im Gasthaus „zum Hölle“ abhielten. Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Stand der Lebensmittellieferung; 2. das Akkordsystem. Kollege Maier, Volkshauswart sprach über beide Punkte. Dann machte Kollege Engelmann noch Mitteilungen über Preisabbau, Steuerfragen und örtliche Gewerkschaftsangelegenheiten. Im Anschluß an beide Vorträge setzte eine lebhaft diskutierte ein, die uns noch bis in später Stunde zusammenhielt. Unsere bereits 400 Mitglieder zählende Ortsgruppe möge wachsen, blühen und gedeihen. Mit diesem Wunsch trennte man sich.

Weddberg. Weitab vom Getümmel der Großstadt, an der Bahnstrecke Düren-Düsseldorf liegt Weddberg. Seit 20 Jahren hat unser Verband dort eine Ortsgruppe, die allen Stürmen der Zeit standgehalten hat. Eine Anzahl Kollegen haben dem Verbände allezeit die Treue gehalten. Erst die Nachkriegszeit brachte den meisten Leuten die Notwendigkeit der Organisation so recht zum Bewußtsein, sodaß heute der allergrößte Teil der Leute unserem Verbände angehört. Der bisherige Arbeiterausschuß hat sich die redlichste Mühe gegeben, die hiesigen Verhältnisse so zu gestalten, wie es nötig war. Zwar bleibt noch manches zu wünschen übrig, immerhin ist aber auch vieles durch das einmütige Zusammenstreben der Leute erreicht worden. Heute ist die Seelung unserer Mitglieder die erste Pflicht, daher ist es bedauerlich, wenn die Versammlungen nicht so besucht sind, wie es im Interesse aller gelegen ist. Die Generalversammlung, die am Samstag, den 7. August, stattfand, erlebte zunächst die geschäftlichen Sachen und hörte dann einen kurzen Vortrag über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wählten die Versammelten die Kollegen Josef Raden

und Reiner Schmitz. Weiter wurde beschlossen, im kommenden Herbst und Winter in den Ortshäusern, die zu Weddberg gehören und wo unsere Mitglieder wohnen, Versammlungen abzuhalten, damit jedem Gelegenheit geboten sei, an denselben teilzunehmen und sich zu äußern. Mit dem Wunsche, daß alle auch ferner treue Mitarbeit leisten mögen, konnte der Vorsitzende, Kollege Heister, die Versammlung schließen.

Verlust (Sa.). Unsere „Volkerversicherung“ muß Heister bekannt werden. Zu diesem Zwecke nahm an einer Vortragsstunde des Kollegen Goldberg in den Bezirken Büttau und Löbau der Kollege Leber teil und referierte in allen Versammlungen über das Thema: Nutzen und Wert unserer gemeinsamen Volkerversicherung. Es sieht zu erwarten, daß innerhalb der Ortsgruppen die Früchte der Tätigkeit sich zeigen werden. Auch hier in Sachsen ist der Zusammenschluß unserer Mitglieder auf genossenschaftlichem Gebiet unbedingt notwendig. Darum, christlich organisierte Kollegen, hinein in unsere „Volkerversicherung“. Verschiebet nicht auf morgen, was ihr heut' schon könnt heutzogen.

Forst (N.-L.). Einen erfreulichen Aufschwung nahm unsere Ortsgruppe. Dies zeigte auch deutlich unsere letzte Mitgliederversammlung, die am 10. August stattfand und gut besucht war. Einleitend machte der Vorsitzende bekannt, daß die Kollegin Anna Grün uns durch den Tod entrissen worden ist, worauf sich die Anwesenden zum Andenken an die Verstorbene von den Sigen erhoben. Danach erstattete der Kassierer den Kassierbericht vom 1. Quartal, aus dem hervorging, daß die Mitgliederzahl auch in diesem Quartal wieder gestiegen ist, ebenso haben die Einnahmen einen erfreulichen Aufschwung genommen. Kollege Gustav Buchst gab alsdann einen ausführlichen Bericht von der am 27. Juni abgehaltenen Vorstandskonferenz, an der auch die Betriebsratsmitglieder teilgenommen haben. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Konferenz gut besucht war und einen würdigen Verlauf genommen hat. Darauf referierte Kollege Fabender über die gegenwärtige Krise in der Textilindustrie. Derselbe zeichnete ein für die Textilindustrie sehr unfreundliches Bild. Die Textilarbeiterverhältnisse sind durch den schlechten Geschäftsgang in eine sehr große Notlage hineingeraten, dies umso mehr, da es derselben nicht möglich ist in anderen Industriezweigen Beschäftigung zu erhalten, weil hier so gut wie gar keine andere, als Textilindustrie, vorhanden ist. Er gab Mittel und Wege an, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert werden könnte und zeigte uns, daß man auch nicht müßig gewesen ist, Schritte zu unternehmen, um Aufträge für die Industrie zu erhalten. Wenn auch der Erfolg dieser Bemühung noch nicht gleich in die Erscheinung tritt, so ist doch zu hoffen, daß für die Zukunft einer derartig ausgebreiteten Arbeitslosigkeit vorgebeugt wird. Ferner führte Redner aus, welche Schritte von Seiten der Verbandsleitung unternommen worden sind, um einen Ausbau der Erwerbslosenfürsorge im Interesse der Arbeiterklasse herbeizuführen. Wenn wir auch kein allzu großes Gewicht auf Unterstellungen legen, sondern uns lieber durch unserer Hände Arbeit unseren Lebensunterhalt selbst verdienen wollen, so müssen wir doch fordern, daß von Seiten des Staates Mittel bereit gestellt werden, um die Arbeiterklasse in Zeiten der wirtschaftlichen Depression vor der größten Not ausreichend zu schützen.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, recht fleißig die Versammlungen zu besuchen, das Verbandsorgan zu studieren und unablässig bemüht zu sein, an der Ausbreitung des Verbandes tätig mitzuwirken, um dadurch der christlichen Arbeiterbewegung immer mehr Einfluß zu verschaffen.

Esrau. Im Steigen begriffen ist unsere Ortsgruppe. Auf unserer Mitgliederversammlung am 9. August erstattete der Kassierer Prätich den Kassierbericht vom zweiten Quartal. Die Zahl der Mitglieder nahm im letzten Vierteljahr einen erfreulichen Aufschwung und steigt noch fortwährend. Dasselbe muß auch von den Einnahmen festgestellt werden. Es ist dies der beste Beweis dafür, daß der Vorstand es mit seinen Pflichten ernst nimmt und eine rührige Tätigkeit für den Verband entfaltet. Gausleiter Kollege Fabender sprach Johann über die wirtschaftliche Lage in der Textilindustrie. Wenn es auch kein erfreuliches Bild war, welches derselbe über den Geschäftsgang in unserer Industrie entwarf, sprach er doch die Hoffnung aus, daß es hoffentlich geigen werde, durch die gemeinsamen Schritte, die von den Vertretern der Industrie, der Arbeiterklasse und der Kommunen unternommen worden sind, eine baldige Besserung herbeizuführen. Er berichtete alsdann über diejenigen Schritte, die von der Verbandsleitung unternommen worden sind, um eine Verbesserung in der Erwerbslosenfürsorge herbeizuführen, eine Notwendigkeit, die sich bei der langanhaltenden Erwerbslosigkeit immer schärfer macht. In der nun nachfolgenden Diskussion wurde es dankbar anerkannt, daß die Verbandsleitung immer bestrebt ist, das Wohl der Arbeiterklasse zu fördern. Zum Schluß ermahnte die Vorsitzende Kollegin Herrmann die Anwesenden, treu zum Verbände zu stehen, den statutgemäßen Beitrag pünktlich und regelmäßig zu entrichten und in der Agitation nicht zu erlahmen, und jede sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um die übrigen Arbeitskollegen und Kolleginnen aufzuklären über die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Riegenhals. Betriebsversammlung der Firma A. Richter. Kartellvorsitzender Kollege Treu eröffnete die Versammlung. Hieran sprach Kollege Welda aus Neustadt über die wirtschaftlichen Programmpunkte und über die ideellen Werte der christlichen Gewerkschaftsbewegung und wies überzeugend nach, daß nur eine starke Organisation in der Lage ist, die Vorteile und Ertragsmöglichkeiten der Gewerkschaften zu halten, und daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in allererster Linie dazu berufen ist, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuwirken. Viele Anwesende, die nicht unserer Organisation angehörten, versprachen, überzutreten und für weitere Ausbreitung und Stärkung unserer Bewegung Sorge zu tragen. Pflicht sei es nun aber auch, den Worten auch die Tat folgen zu lassen und für die christlichen Ideale unerschrocken einzutreten; dann wird es auch dem christlichen Textilarbeiterverbände möglich sein, noch besser wie bisher die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder auf das Entschiedenste zu vertreten.

Büchertisch.

Auslese empfehlenswerter Schriften.

Bürgerkunde und Volkswirtschaft.

Ely Haupt-Knapp, Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre für Frauen, Gr. 8°, fünfte Auflage, 177 Seiten, Preis M. 8.—

Dr. A. Sieje, Professor am Sophienrealgymnasium zu Berlin, Deutsche Bürgerkunde, Einführung in die allgemeine Staatslehre, in die Verfassung und Verwaltung des Deutschen Reiches und der Länder, in die Kenntnis der Groß-

mächte und in die Volkswirtschaftslehre. Neunte umgearbeitete Auflage, Gr. 8°, 237 Seiten, Preis M. 8.—

A. Wohlmann-Hohensteine, n. a. Dozent an der Kaiser-Lothar-Akademie für Verwaltungswissenschaften in Detmold, Grundbegriffe der Volkswirtschaft, Gr. 8°, 219 Seiten, Preis M. 8.—, neunte Auflage.

Dr. Karl Zuchardt, Moderne Staatsverfassungen, ihr Wortlaut und ihr Wesen, in gemeinverständlich Weise dargestellt, mit einem Anhang: Die deutsche Reichsverfassung vom 11. August 1919, Gr. 8°, 160 Seiten, Preis M. 4.25.

Justizrat Dr. Bruno Ablass, Des Deutschen Reiches Verfassung. Ein Handbuch für das deutsche Volk. Mit einem Geleitwort von Konr. Haußmann, Staatssekretär a. D., Gr. 16°, 147 Seiten, Preis M. 7.50, zweite vermehrte Auflage.

A. Heinrichshauer, Die Vorkriegsnot der Rhein-Deutschlands, Gr. 8°, 47 Seiten, Preis M. 4.—

Professor Dr. Paul Rühlmann, Europa am Abgrunde. Die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, in ihren Wirkungen erläutert, mit einer farbigen Karte: Die Bevölkerung Deutschlands und Preßestimmen des Auslandes, Gr. 8°, 111 Seiten, zweite Auflage, Preis M. 3.50.

Professor Dr. L. Bergsträßer, Privatdozent der Geschichte an der Universität Greifswald, Grundbegriffe der auswärtigen Politik. Eine Anleitung für den Zeitungsläser, Gr. 8°, 29 Seiten, Preis M. 1.—, dritte neu bearbeitete Auflage.

Dr. Max Hilbert Boehm, Kleine politische Wörterbuch, 101—125 Tafeln, Gr. 16°, 79 Seiten, Preis M. 2.50.

Dr. Theodor Brauer, Das Betriebsrätegesetz und die Gewerkschaften, Gr. 8°, 64 Seiten, Preis M. 4.50. Auf Grund dieser Schrift wurde der Führer der christlichen Gewerkschaften zum Doktor promoviert.

Dr. Feg und Dr. Fr. Sigler, Geheime Regierungsräte und vortragende Räte im Reichsarbeitsministerium, Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920, Gr. 16°, 311 Seiten, Preis M. 13.—, fünfte Auflage.

Anton Erkelenz und Dr. Curt Eichelbaum, Rechtsanwalt in Berlin, Das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920. Ein gemeinverständlich leichtfaßlich für den praktischen Gebrauch, Gr. 16°, 212 Seiten, Preis M. 6.50.

Dr. Heinz Kottbush, Unternehmer und Betriebsräte, Gr. 8°, 40 Seiten, Preis M. 3.—

Alle hier angegebenen Broschüren sind zu beziehen vom Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Venloerwall 9.

Besondere Bekanntmachungen.

Leider haben unsere verschiedenen Artikel über den Bezug der Gewerkschaftszeitungen noch nicht allen Klarheit gegeben. Dies trifft besonders hinsichtlich der

„Gewerkschaftsjugend“ zu. In Nr. 31 unseres Verbandsorgans wurde darüber gesagt: „Sie erscheint am ersten und dritten Samstag im Monat und wird zusammen mit der Textilarbeiter-Zeitung den Ortsgruppen gratis geliefert. Allerdings können wegen der bedeutenden Kosten nicht alle Jugendlichen ein Exemplar erhalten. Die Zahl der zur Versendung kommenden Exemplare richtet sich nach der Mitgliederstärke der Ortsgruppen.“ Ueber diese Freiemplare hinaus müssen die Ortsgruppen die noch weiter gewünschten Exemplare beim Verlag der „Gewerkschaftsjugend“ in Köln, Venloerwall 9, bestellen und auch bezahlen.

Wir bitten also nochmals freundlichst wie dringend, sich der beliebtesten Zahl mit „Gewerkschaftsjugend“ zu vergewissern und die darüber hinaus benötigten Exemplare in Köln, nicht bei der Zentrale, zu bestellen.

Verbandsbezirk Münsterland.

Die ordentliche Bezirkskonferenz für den Bezirk Münsterland findet am 2. und 3. Oktober in Münster statt. Beginn Samstag, den 2. Oktober, mittags um 2 Uhr. Lokal und weitere Mitteilungen werden den einzelnen Ortsgruppen noch durch besonderes Rundschreiben mitgeteilt.

Die Ortsgruppen werden gebeten, gemäß § 26 des Statuts die erforderlichen Wahlen vorzunehmen. Bis spätestens am 20. September sind etwaige Anträge seitens der Ortsgruppen der Bezirksleitung einzureichen. Mit Verbandsgruß!

Die Bezirksleitung:
S. Camps, August Heete.

Verbandsbezirk Schlesien.

Die ordentliche Bezirkskonferenz für den Verbandsbezirk Schlesien findet am 2. und 3. Oktober in Reichenbach i. Schl. im Gasthaus „Zur Hoffnung“, Frankensteinstraße, statt. Beginn Sonnabend, nachmittags 1/3 Uhr. Tagesordnung und sonstige Angaben gehen den Ortsgruppen durch Rundschreiben zu.

Die Ortsgruppen werden gebeten, gemäß § 26 des Statuts die erforderlichen Wahlen vorzunehmen. Die Namen und Adressen der Delegierten sind bis spätestens 20. September dem Unterzeichneten mitzuteilen. Bis zu diesem Tage sind auch die an die Bezirkskonferenz zu stellenden Anträge einzureichen.

Mit Verbandsgruß!
Gust. Jungnickel, Bezirksleiter.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Zur Wirtschaftskrise. — Wochenhilfe und Wochenfürsorge. — Wichtige Wirtschaftspragen. — Allgemeine Rundschau: Gegen Schleichhandel und Preistreiberien. — Preistreibererei und kein Ende. — Biel Lärm. — 7. Generalversammlung des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen. — Aus unserer Industrie: Die sächsische Textilindustrie im Jahre 1919. — Die Lage der internationalen Textilindustrie. — England sichert sich russischen Flach. — Aus unserer Bewegung: Einheitliche Arbeitsordnung für die Textilindustrie. — Berichte aus den Ortsgruppen: Arken. — Weddberg. — Verlust. — Forst. — Esrau. — Riegenhals. — Büchertisch. — Besondere Bekanntmachungen.

Für die Schriftleitung verantwortlich i. V.: C. Hölzgen, Düsseldorf 66, Konfektionsstr. 7.